

Inhalt

■ Ausschreibungen..... 4

CERV: DAPHNE - Verhinderung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder 4

Fonds für die innere Sicherheit (ISF): Menschenhandel.. 5

Kulturelle Horizonte: Europäische Lokalkultur / Residenzen..... 5

ERASMUS+ - Preise für Sport (fünf Aufrufe)..... 6

ESF+: Unterstützung bei Transaktionskosten für Sozialfinanzintermediäre..... 8

■ Öffentliche Konsultationen 9

Zehnter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (Sondierung) 9

Vereinfachungspaket zum Wohnraum (Sondierung) 9

■ EU-Politik.....10

Demografie-Bericht beleuchtet Herausforderungen und Chancen in Europa10

Flash-Eurobarometer: Europäer*innen fordern stärkere Maßnahmen in den Bereichen Online-Sicherheit für Kinder, demokratische Resilienz, Verteidigung und Energiewende.....11

Sicherheit von Kindern im Internet: Expertengruppe übergibt Empfehlungen an die Kommission12

Süchtig machendes Design von Instagram und Facebook: Kommission veröffentlicht vorläufiges Ergebnis12

Neue Sanktionsregelungen gegen Bedrohungen durch Schleuserkriminalität, Menschenhandel und andere Formen der organisierten Kriminalität vorgeschlagen13

EU-Aktionsplan für Cybersicherheit und künstliche Intelligenz	13
Europäische Bürgerinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen registriert.....	14
Finanzpaket für den EU-Beitritt Montenegros vorgelegt .	15
Neue Analyse der bedrohlichsten kriminellen Netzwerke in der EU.....	15
EU leistet nach Erdbeben Nothilfe für Venezuela.....	16
Verlängerung des vorübergehenden Schutzes von aus der Ukraine Geflüchteten vorgeschlagen	16
Konferenz zur Erholung der Ukraine 2026	17
Kommission stärkt Europol und Eurojust bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus	18
Kommission begrüßt politische Einigung über Schutz von Arbeitnehmer*innen vor krebserregenden Chemikalien .	18
Europäischer Forschungsrat vergibt 838 Mio. Euro	19
Politische Einigung über strafrechtliche Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ...	19
Europa für Kultur, Kultur für Europa	20
Bewerbung für den EU-Preis für Barrierefreiheit	21
Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2026	22
Ärmelkanal: Kommission stärkt Migrationsmanagement	23
Wegweisende Einigung über überarbeitete Fluggastrechte	24
■ Veranstaltungen.....	25
Antragssprechstunde: Jugendpartizipationsprojekte	25
EPAL Akademie: Gute Bildung im Kontext Politik und Demokratie	25

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der SozialFinanz AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die SozialFinanz:

Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln, Tel. 0221 97356709

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@dpwv.de.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der SozialFinanz gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der SozialFinanz möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juli 2026 ist der 15.07.2026.

■ Ausschreibungen

CERV: DAPHNE - Verhinderung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) einen Aufruf zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **03.11.2026**.

Mit diesem in fünf Prioritäten gegliederten Aufruf sollen Projekte zu folgenden Themenbereichen finanziert werden:

- Unterstützung von intermediären Organisationen (die Organisationen der Zivilgesellschaft finanziell unterstützen), die in den Bereichen geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder tätig sind (Re-Granting) (CERV-2026-DAPHNE-REGRANTING), Budget ca. 8 Mio. Euro;
- Schutz und Unterstützung von Opfern und Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt (CERV-2026-DAPHNE-PROTECTION), Budget ca. 4 Mio. Euro;
- Gezielte Maßnahmen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt (CERV-2026-DAPHNE-PREVENTION), Budget ca. 4 Mio. Euro;
- Unterstützung der Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) in der Union und der Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (CERV-2026-DAPHNE-CONVENTION-DIR), Budget ca. 2 Mio. Euro;
- Stärkung integrierter Kinderschutzsysteme, unter anderem durch sektorübergreifende Zusammenarbeit, und Gewährleistung kindzentrierter, koordinierter Maßnahmen gegen Gewalt gegen Kinder, um zur Umsetzung der Empfehlung der Kommission zu integrierten Kinderschutzsystemen beizutragen (CERV-2026-DAPHNE-CHILDREN), Budget ca. 3 Mio. Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fonds für die innere Sicherheit (ISF): Menschenhandel

Im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität / Menschenhandel veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **03.09.2026**.

Die Projekte sollten darauf abzielen, eines oder mehrere der folgenden Ergebnisse zu erzielen:

- das Verständnis für die Art und die Vorgehensweise krimineller Netzwerke sowie der wichtigsten Akteur*innen und Unterstützer*innen zu vertiefen;
- die Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden bei grenzüberschreitenden Einsätzen zu verbessern und koordinierte Maßnahmen unter Einbeziehung verschiedener Akteur*innen zu unterstützen;
- die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer relevanter Akteur*innen (außerhalb der Strafverfolgungsbehörden) in die Prävention und Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verstärken;
- die Verfügbarkeit und Nutzung technischer Instrumente für die Strafverfolgung zu erhöhen.

Das übergeordnete Ziel der Maßnahme ist die Zerschlagung organisierter krimineller Netzwerke, die im Bereich des Menschenhandels in der EU tätig sind, indem die operative Zusammenarbeit (auch mit Drittstaaten) gestärkt, Finanzermittlungen intensiviert, die Effektivität der Strafverfolgung verbessert und ein konsequenter, opferorientierter Ansatz entlang der gesamten Strafverfolgungskette sichergestellt wird.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kulturelle Horizonte: Europäische Lokalkultur / Residenzen

Im Rahmen des vom Programm „Kreatives Europa“ kofinanzierten Programms „Kulturelle Horizonte“ wurden zwei Aufrufe zum Thema „Förderung des Zugangs von Ukrainer*innen zu Kultur und Kulturerbe“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **04.09.2026** (Europäische Lokalkultur) bzw. am **30.09.2026** (Residenzen).

Aufruf „Europäische Lokalkultur“

Die Ausschreibung „Europäische Lokalkultur“ soll lokale Kulturprojekte und kulturelle Ökosysteme im Kontext des europäischen Kulturraums unterstützen.

Ziel ist es, neue Kulturprodukte zu schaffen, das lokale Erbe im zeitgenössischen europäischen Kontext neu zu denken, das regionale Kulturerbe zu bewahren und zu fördern, die kulturelle Vielfalt und ethnische Gemeinschaften zu unterstützen und den Zugang zu Kultur und Kulturerbe für alle Ukrainer*innen, einschließlich Binnenvertriebener, zu verbessern. Die Ausschreibung zielt außerdem darauf ab, die Rolle der Kultur für die Gemeindeentwicklung und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Das Gesamtbudget beträgt 200.000 Euro, der Mindestförderbetrag beträgt 3.000 Euro und der Höchstförderbetrag beträgt 8.000 Euro.

Aufruf „Residenzen“

Die Ausschreibung soll EU-Mitgliedstaaten Zuschüsse zur Verfügung stellen, um Residenz- und Kooperationsprojekte mit ukrainischen Kunst- und Kulturschaffenden durchzuführen. Sie soll europäische Kultur- und Kunstorganisationen bei der Stärkung ihrer Zusammenarbeit mit der ukrainischen Kulturszene zu unterstützen. Dies soll durch die Durchführung von a) Künstlerresidenzen und b) Bildungsangeboten geschehen.

Das Gesamtbudget beträgt 400.000 Euro, der Mindestförderbetrag beträgt 5.000 Euro und der Höchstförderbetrag beträgt 20.000 Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (Europäische Lokalkultur) bzw. [hier](#) (Residenzen).

ERASMUS+ - Preise für Sport (fünf Aufrufe)

Die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) hat im Rahmen des Programms ERASMUS+ fünf Aufrufe für EU-Preise im Bereich Sport veröffentlicht. Pro Aufruf stehen 25.000 Euro zur Verfügung.

Die Einreichfrist endet jeweils am **17.09.2026**.

#BeActive-EU-SPORT-Preise - Generationsübergreifend

Diese Kategorie würdigt Initiativen, die Sport nutzen, um Menschen aller Altersgruppen zusammenzubringen sowie generationenübergreifende Verbindungen, Inklusion und eine langfristige Entwicklung der Gemeinschaft zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

#BeActive-EU-SPORT-Preise – Körperliche Aktivität

Diese Kategorie würdigt Initiativen, die körperliche Aktivität auf allen Ebenen erfolgreich gefördert haben. Sie unterstreicht die Kraft körperlicher Aktivität, um Leben, Arbeitsplätze und Gemeinschaften zu transformieren und zu einer gesünderen und aktiveren Gesellschaft zu inspirieren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

#BeActive-EU-SPORT-Preise - Frieden

Diese Kategorie würdigt Initiativen, die Sport und körperliche Aktivität nutzen, um Beziehungen aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele basieren und letztlich zu einem friedlichen Zusammenleben beitragen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

#BeActive-EU-SPORT-Preise – Inklusion

Diese Kategorie würdigt Initiativen, die sich sozialen Herausforderungen stellen und benachteiligte Gruppen wie ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen oder gefährdete junge Menschen unterstützen. Sie unterstreicht die transformative Kraft des Sports, Brücken zu bauen, Gemeinschaften zu stärken und eine inklusivere und verbundener Gesellschaft zu gestalten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

#BeActive-EU-SPORT-Preise - Freiwilligenarbeit

Mit dieser Auszeichnung werden sportliche Aktivitäten von Organisationen und / oder Einzelpersonen gewürdigt, die durch ehrenamtliches Engagement herausragende Beiträge zum Sport geleistet haben. Sie würdigt außerdem das Engagement, die Führungsqualitäten und den positiven Beitrag von Freiwilligen zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der Inklusion und der Entwicklung des Sports auf allen Ebenen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+: Unterstützung bei Transaktionskosten für Sozialfinanzintermediäre

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Unterstützung bei Transaktionskosten für Sozialfinanzintermediäre“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **23.09.2026**.

Ziel dieser Ausschreibung ist die Weiterentwicklung des Finanzierungsmarktes für Sozialunternehmen durch die Unterstützung von Sozialfinanzintermediären bei der Bereitstellung des benötigten Kapitals für Sozialunternehmen und gemeinwohlorientierte Unternehmen.

Die Ausschreibung baut auf früheren ähnlichen Ausschreibungen auf und zielt insbesondere darauf ab, Sozialfinanzintermediäre zu unterstützen, die langfristige Risikokapitalinvestitionen in Sozialunternehmen und gemeinwohlorientierte Unternehmen tätigen.

Hauptziel dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ist es daher, Risikokapitalinvestitionen unter 1 Mio. Euro zu fördern, die andernfalls im Bereich der Sozialfinanzierung nicht getätigt würden.

Die Ausschreibung zielt darauf ab, die Transaktionskosten für diese Investitionen mit geringem Wert zu decken und so dazu beizutragen, das festgestellte Marktversagen bzw. die Diskrepanz im Markt für soziale Investitionen zu beheben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Zehnter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (Sondierung)

Die Europäische Kommission möchte Meinungen zum „Zehnten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ einholen. Die Frist für Rückmeldungen zur Sondierung endet am **11.08.2026**.

In diesem Bericht werden die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU bewertet. Es wird untersucht, ob die regionalen Unterschiede verringert wurden und wie die Politik der Mitgliedstaaten und der EU zu den Veränderungen beigetragen haben.

Dabei werden Herausforderungen und Chancen ermittelt, regionale Prioritäten der EU hervorgehoben und der jeweilige territoriale Bedarf aufgezeigt. Außerdem wird der Verpflichtung zur Berichterstattung über die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Programme nachgekommen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Vereinfachungspaket zum Wohnraum (Sondierung)

Die Europäische Kommission möchte Meinungen zum „Vereinfachungspaket zum Wohnraum“ einholen. Die Frist für Rückmeldungen zur Sondierung endet am **30.09.2026**.

Dieses Maßnahmenpaket befasst sich mit Möglichkeiten zur Vereinfachung der regulatorischen Rahmenbedingungen im Wohnungssektor. Es basiert auf einer umfassenden Bewertung der relevanten EU-Rechtsvorschriften und -Initiativen sowie deren Auswirkungen auf das Wohnungsangebot und die Bezahlbarkeit von Wohnraum.

Das Paket umfasst außerdem die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten und bewährte Verfahren zur Vereinfachung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Es ist eine der zehn Prioritäten des Europäischen Aktionsplans für bezahlbaren Wohnraum.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ EU-Politik

Demografie-Bericht beleuchtet Herausforderungen und Chancen in Europa

Am 14.07.2026 hat die Europäische Kommission ihren dritten Bericht zum demografischen Wandel veröffentlicht, in dem sie die wichtigsten Herausforderungen und Auswirkungen der demografischen Entwicklung in der EU darlegt.

Der vom Gemeinsamen Forschungszentrum erstellte Bericht bestätigt, dass die Bevölkerung Europas derzeit ihren Höchststand erreicht hat. Die EU-Bevölkerung umfasst heute 450,6 Mio. Menschen. Prognosen zufolge wird sie bis 2050 auf ca. 445 Mio. und bis 2100 auf 398,8 Mio. sinken, was einem Rückgang von insgesamt etwa 11,7% entspricht.

Gleichzeitig leben die Europäer*innen länger als je zuvor: Die Lebenserwartung bei der Geburt erreichte im Jahr 2024 81,5 Jahre erreichen, was die Fortschritte im Gesundheitswesen, beim Lebensstandard und bei den sozialen Bedingungen widerspiegelt.

Diese Entwicklungen bringen erhebliche Herausforderungen mit sich, die von Arbeitskräftemangel und angespannten öffentlichen Haushalten bis hin zu Belastungen für die Pflegesysteme, die Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie den regionalen Zusammenhalt reichen.

Gleichzeitig bieten die Veränderungen auch Chancen. Ein Beispiel hierfür ist die wachsende „Longevity-Economy“, die neue Märkte für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen erschließt, die speziell auf ältere Menschen zugeschnitten sind, und damit neue Wege für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnet. Dies kann Innovationen im Gesundheitswesen, in der Technologiebranche und bei Finanzdienstleistungen vorantreiben.

Der [EU-Bericht](#) zum demografischen Wandel bietet eine Grundlage für die Empfehlungen des EU-Demografie-Werkzeugkastens. Der [Werkzeugkasten](#) enthält politische Instrumente, die nationalen, regionalen und lokalen Behörden dabei helfen, diese demografischen Trends in die Politik einzubeziehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1568

Flash-Eurobarometer: Europäer*innen fordern stärkere Maßnahmen in den Bereichen Online-Sicherheit für Kinder, demokratische Resilienz, Verteidigung und Energiewende

Eine neue [Eurobarometer-Umfrage](#), die am 13.07.2026 veröffentlicht wurde, zeigt die große Besorgnis von Europäer*innen über die Risiken, denen Kinder in den sozialen Medien ausgesetzt sind. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Abhängigkeit von sozialen Medien sehen die Bürger*innen die Notwendigkeit eines besseren Schutzes und strengerer Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation. Gleichzeitig fordern die Europäer*innen angesichts der globalen Herausforderungen mehr demokratische Teilhabe, Verteidigungsfähigkeiten und eine Energiewende.

Eine große Mehrheit der Europäer*innen möchte, dass die EU mehr tut, um Kinder vor den Risiken im Internet zu schützen. Sie sind überwiegend besorgt über die Risiken, denen Kinder in den sozialen Medien ausgesetzt sind. Cybermobbing und Belästigung stehen ganz oben auf der Liste der Bedenken und beunruhigen 71% der Befragten, dicht gefolgt von Ängsten vor Online-Grooming und sexueller Ausbeutung (70%), der Exposition gegenüber schädlichen Inhalten wie Gewalt, Selbstverletzung oder Extremismus (69%) und dem Missbrauch personenbezogener Daten von Kindern (69%). Signifikante Mehrheiten weisen auch auf das Risiko hin, dass Kinder für illegale Aktivitäten rekrutiert werden (64 %) und süchtig machendes Plattformdesign ausgesetzt sind (60).

Die Europäer*innen fühlen sich auch demokratischen Schlüsselementen verbunden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung (34%), freie und faire Wahlen (32%) und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte (31%) gehören laut den Ergebnissen der neuen Umfrage zu den wichtigsten Elementen einer demokratischen Gesellschaft in Europa. Die Bekämpfung der Korruption (28%), die Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger*innen neben einem unabhängigen Justizsystem (26%) und die Beteiligung der Bürger*innen an der öffentlichen Debatte und Entscheidungsfindung (22%) werden ebenfalls als zentrale Säulen genannt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1589

Sicherheit von Kindern im Internet: Expertengruppe übergibt Empfehlungen an die Kommission

Der Sachverständigenausschuss zur Sicherheit von Kindern im Internet hat seine Empfehlungen am 13.07.2026 an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen übergeben. In der Pressekonferenz betonte von der Leyen die Verantwortung der Plattformen, die Notwendigkeit altersgerechter Beschränkungen und den stufen- und schrittweisen Zugang für verschiedene Altersgruppen.

Nach dem Sommer will die Europäische Kommission einen Vorschlag vorlegen. Dass Europäer*innen mehr Schutz für Kinder im Internet fordern, zeigen auch die Ergebnisse einer am 13.07.2026 (s.o.) veröffentlichten Eurobarometer-Studie.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_26_1590

Süchtig machendes Design von Instagram und Facebook: Kommission veröffentlicht vorläufiges Ergebnis

Am 10.07.2026 hat die Europäische Kommission vorläufig festgestellt, dass Meta durch die süchtig machenden Designs von Instagram und Facebook gegen das Gesetz über digitale Dienste verstößt. Die Untersuchung konzentriert sich auf Funktionen wie unendliches Scrollen, Autoplay, Push-Benachrichtigungen und die hochgradig personalisierten Empfehlungssysteme der Plattformen.

Die Untersuchung der Kommission ergab, dass Meta die Risiken seines Suchtdesigns für das körperliche und geistige Wohlbefinden der Nutzer*innen, einschließlich Minderjähriger und schutzbedürftiger Erwachsener, nicht angemessen bewertet hat. Die Beweise zeigen auch, dass die derzeitigen Minderungsmaßnahmen von Meta es versäumt haben, die Risiken, die sich aus dem süchtig machenden Design ergeben, wirksam anzugehen.

Wird der Standpunkt der Kommission letztlich bestätigt, kann die Kommission eine Nichteinhaltungsentscheidung erlassen, mit der eine Geldbuße verhängt werden kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1579

Neue Sanktionsregelungen gegen Bedrohungen durch Schleuserkriminalität, Menschenhandel und andere Formen der organisierten Kriminalität vorgeschlagen

Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik haben am 09.07.2026 eine neue Sanktionsregelung der EU zur Bekämpfung der Schleusung von Migrant*innen, des Menschenhandels und anderer schwerer Formen der organisierten Kriminalität, einschließlich des Handels mit Feuerwaffen und illegalen Drogen sowie der Geldwäsche, vorgeschlagen.

Organisierte Kriminelle destabilisieren Gesellschaften, untergraben Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und schwächen die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit.

Die illegalen Aktivitäten von Schleusern und Menschenhändler*innen, die von außerhalb der EU ausgehen, stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und die Werte der Union dar. Während illegale Ankünfte in den letzten zwei Jahren um über 50% zurückgegangen sind, riskieren und verlieren immer noch zu viele Menschen ihr Leben durch Schmuggler*innen.

Die vorgeschlagenen restriktiven Maßnahmen sind:

- Einfrieren von Vermögenswerten und Verbot der Bereitstellung von Geldern oder anderen wirtschaftlichen Ressourcen für gelistete Personen oder Organisationen;
- Reiseverbote zur Verhinderung der Einreise in oder der Durchreise durch EU-Mitgliedstaaten durch gelistete Personen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1562

EU-Aktionsplan für Cybersicherheit und künstliche Intelligenz

Die Europäische Kommission hat am 07.07.2026 einen Aktionsplan für eine strukturierte Reaktion vorgelegt, um Risiken zu begegnen und die Chancen fortgeschrittener Modelle der künstlichen Intelligenz (KI) für die Cybersicherheit zu nutzen.

Mithilfe neuer fortgeschrittener KI-Modelle wird die Cybersicherheit neu definiert. KI kann missbraucht werden, um Schwachstellen zu finden, Angriffe zu automatisieren und

das Ausmaß und das Tempo von Cybersicherheitsvorfällen in beispielloser Geschwindigkeit zu steigern.

Aufbauend auf dem EU-Rechtsrahmen für KI und Cybersicherheit soll der Aktionsplan die Mitgliedstaaten, die Industrie und Organisationen auf EU-Ebene an einen Tisch bringen, um die Cybersicherheit unserer digitalen Landschaft angesichts der Schwachstellen, die infolge fortgeschrittener KI sichtbar werden, zu stärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1544

Europäische Bürgerinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen registriert

Die Europäische Kommission hat am 07.07.2026 die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in der gesamten EU“ registriert.

Laut des Organisationsteams der Initiative „[machen] die rasanten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Robotik ... deutlich: Wir müssen dringend unsere Existenzgrundlage von der Fähigkeit entkoppeln, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, da wir schon bald nicht genügend Arbeitsplätze für alle haben werden.“ Daher fordert das Organisationsteam „die Europäische Kommission auf, alle erforderlichen rechtlichen Schritte zu unternehmen, um die Einführung eines Grundeinkommens in den EU-Mitgliedstaaten [zu] unterstützen, und eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten abzugeben, an der Einführung des Grundeinkommens zu arbeiten.“

Die Initiative erfüllt die in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten formalen Voraussetzungen. Sie ist somit nach Auffassung der Kommission gemäß der [Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative](#) rechtlich zulässig.

Nach der heutigen Registrierung muss das Organisationsteam binnen sechs Monaten mit der Unterschriftensammlung beginnen. Für die Sammlung selbst hat es zwölf Monate Zeit.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1524

Finanzpaket für den EU-Beitritt Montenegros vorgelegt

Die Europäische Kommission hat am 30.06.2026 ein Finanzpaket angenommen, in dem die Haushaltsregelungen festgelegt sind, die nach dem Beitritt Montenegros zur Europäischen Union für Montenegro gelten würden.

Montenegro schreitet im Beitrittsprozess voran, und dieser Vorschlag stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg des Landes zur Mitgliedschaft in der Union dar, nachdem sich die Mitgliedstaaten zuletzt darauf geeinigt haben, mit der Ausarbeitung des Beitrittsvertrags zu beginnen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1488

Neue Analyse der bedrohlichsten kriminellen Netzwerke in der EU

Die Europäische Kommission, Europol und der zyprische Vorsitz des Rates stellten am 26.06.2026 eine neue Europol-Analyse der bedrohlichsten kriminellen Netzwerke der EU vor.

Wenngleich durch Strafverfolgungsmaßnahmen kriminelle Netzwerke in der gesamten EU zerschlagen wurden, zeigt der Bericht, dass in ganz Europa nach wie vor eine Bedrohung durch eine starke, wandlungsfähige und tief verwurzelte organisierte Kriminalität besteht. In dem Bericht werden mehr als 700 kriminelle Netzwerke mit mehr als 400.000 Mitgliedern aus 118 Ländern analysiert. Rund 85% der Netze bedienen sich legaler Unternehmensstrukturen. Dies unterstreicht das Ausmaß, die Reichweite und den zunehmend transnationalen Charakter der Bedrohung.

Diese Netzwerke sind in einem breiten Spektrum schwerer Straftaten aktiv, darunter Drogenhandel, Cyberkriminalität, Schleusung von Migrant*innen, Menschenhandel, Betrug und Geldwäsche sowie ganz allgemein „Verbrechen als Dienstleistung“.

Sie missbrauchen zunehmend digitale Technologien, globale Handelsströme und legale Unternehmensstrukturen, um ihre kriminellen Aktivitäten voranzutreiben und auszuweiten. Sie arbeiten nicht mehr isoliert, sondern als Teil eines fluiden kriminellen Ökosystems, das sich rasch an Störungen anpasst, Lücken schließt und neue kriminelle Chancen nutzt.

Um diesen neuen und sich wandelnden Herausforderungen zu begegnen, hatte die Kommission einen neuen [Vorschlag zur Stärkung des Mandats von Europol](#) vorgelegt. Dadurch werden Europol und die Mitgliedstaaten mit den Instrumenten, Ressourcen und dem Rechtsrahmen ausgestattet, die erforderlich sind, um zunehmend digitale, grenzüberschreitende und technologisch fortschrittliche kriminelle Aktivitäten zu untersuchen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1463

EU leistet nach Erdbeben Nothilfe für Venezuela

Die Europäische Kommission entsendet nach zwei starken Erdbeben, die am 24.06.2026 zahlreiche Opfer gefordert haben, Rettungsteams und weitere Nothilfe nach Venezuela.

Bislang leisten acht Mitgliedstaaten – Tschechien, Spanien, Italien, Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Portugal und die Niederlande – über den Katastrophenschutzmechanismus der Europäischen Union Hilfe.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/eu-leistet-nach-erdbeben-nothilfe-fur-venezuela-2026-06-26_de

Verlängerung des vorübergehenden Schutzes von aus der Ukraine Geflüchteten vorgeschlagen

Die Kommission hat am 26.06.2026 vorgeschlagen, den vorübergehenden Schutz für Menschen, die vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fliehen, um ein weiteres Jahr zu verlängern, wobei die allgemeine Verteidigungsfähigkeit der Ukraine berücksichtigt wird.

Die Kommission verfolgt mit ihrem Vorschlag zwei Ziele:

- Erstens soll für anhaltende Rechtssicherheit, Stabilität und Vorhersehbarkeit gesorgt werden, indem der vorübergehende Schutz um ein weiteres Jahr bis zum 04.03.2028 verlängert wird.
- Zweitens soll der Schutzbedarf mit der grundsätzlichen Fähigkeit der Ukraine sich zu verteidigen in Einklang gebracht werden. Um dies sicherzustellen, ist neu ankommenden Personen, die von den ukrainischen Behörden wegen militärischer Verpflichtungen keine

Genehmigung zum Verlassen der Ukraine haben, in der Regel kein vorübergehender Schutz zu gewähren.

Gleichzeitig sei es wichtig, dass die Mitgliedstaaten die Vorbereitungen für einen koordinierten Übergang aus dem vorübergehenden Schutz weiter intensivieren - im Einklang mit der [Empfehlung des Rates von 2025](#). Dies muss sowohl die Möglichkeit des Übergangs zu langfristigem legalem Aufenthaltsstatus als auch Möglichkeiten für eine dauerhafte Rückkehr und Wiedereingliederung in die Ukraine beinhalten. Dieser Prozess hat in vielen Mitgliedstaaten bereits begonnen und sollte laut Aussage der Kommission eine Priorität bleiben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1462

Konferenz zur Erholung der Ukraine 2026

Auf der [Konferenz zur Erholung der Ukraine 2026](#) am 25.06.2026, die von Polen und der Ukraine gemeinsam in Danzig ausgerichtet wurde, bekräftigte Präsidentin von der Leyen, dass die Europäische Union weiterhin fest an der Seite der Ukraine stehen wird, indem sie ihre Reformen unterstützt, ihre Institutionen stärkt und zum Aufbau einer widerstandsfähigen und wohlhabenden Zukunft beiträgt. Nur zehn Tage nach der historischen Entscheidung, den ersten Cluster der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu eröffnen, markierte die Konferenz einen weiteren Schritt in der Unterstützung der Europäischen Union für die Erholung, die Verteidigung und den Wiederaufbau der Ukraine.

In ihrer [Eröffnungsrede](#) kündigte Präsidentin von der Leyen die erste Auszahlung von 3,2 Mrd. Euro an Haushaltshilfe im Rahmen der Makrofinanzhilfe des [90 Mrd. Euro schweren Ukraine-Unterstützungsdarlehens](#) sowie die erste Tranche des 6 Mrd. Euro schweren Verteidigungspakets zur Unterstützung der Beschaffung von Drohnen an, das in den kommenden Tagen ausgezahlt werden soll.

Darüber hinaus unterzeichnete die Kommission während der gesamten Konferenz mit ihren Durchführungspartnern [wie der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Vereinbarungen über neue Finanzierungen im Wert von über 1,1 Mrd. Euro im Rahmen des Investitionsrahmens für die Ukraine](#), um die Erholung, den Wiederaufbau und strategische Investitionen im ganzen Land zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1465

Kommission stärkt Europol und Eurojust bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus

Die Europäische Kommission schlug am 24.06.2026 neue Maßnahmen vor, um die Reaktion der EU auf ein sich wandelndes kriminelles Umfeld zu stärken. Kriminalität wird immer ausgefeilter, internationaler und digitaler. Um schwere Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, müssen Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaften und Gerichte von der Einleitung von Ermittlungen bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil eng zusammenarbeiten.

Die heutigen Vorschläge decken die gesamte Kette der EU-Unterstützung für die Mitgliedstaaten ab, von der Prävention, Aufdeckung und Ermittlung bis hin zur justiziellen Zusammenarbeit und wirksamen Strafverfolgung. Das Paket umfasst zwei Verordnungen zur Stärkung der Mandate von Europol und Eurojust, eine Überarbeitung der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung und Änderungen der Datenschutzverordnung für die Organe und Einrichtungen der Union.

Diese Maßnahmen sollen die Zusammenarbeit und Komplementarität zwischen den EU-Agenturen und den nationalen Behörden, einschließlich Polizei, Zoll und Gerichten, verbessern. Dadurch werden mehr gemeinsame Ermittlungen unterstützt, die Strafverfolgung beschleunigt und der Informationsaustausch durch einen klareren Rechtsrahmen und weniger Verwaltungsaufwand erleichtert.

Europol und Eurojust stehen im Mittelpunkt der Reaktion der EU auf organisierte kriminelle Netze, Terroristen und feindselige Akteure, die grenzüberschreitend, weltweit und online tätig sind und zunehmend künstliche Intelligenz missbrauchen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1420

Kommission begrüßt politische Einigung über Schutz von Arbeitnehmer*innen vor krebserregenden Chemikalien

Die Europäische Kommission begrüßte am 24.06.2026 die vorläufige Einigung des Europäischen Parlaments und des

Rates über die sechste Überarbeitung der [Richtlinie über Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe](#).

Nach der förmlichen Annahme soll die verschärfte Richtlinie in den nächsten 40 Jahren EU-weit etwa 1.700 Fälle von Lungenkrebs sowie 19.000 arbeitsbedingte Erkrankungen verhindern und damit 1,16 Mrd. Euro an Gesundheitsausgaben einsparen können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1443

Europäischer Forschungsrat vergibt 838 Mio. Euro

Der [Europäische Forschungsrat](#) (ERC) hat am 23.06.2026 die Gewinner*innen seiner [Advanced Grants 2025](#) bekannt gegeben, mit denen [319 führende Forschende](#) in ganz Europa 838 Mio. Euro erhalten. Diese prestigeträchtigen Stipendien sollen es hochrangigen Wissenschaftler*innen ermöglichen, risikoreiche, hochbelohnte Forschung mit dem Potenzial zu betreiben, bahnbrechende Entdeckungen zu liefern.

Mit den Finanzhilfen, die im Rahmen des milliarden schweren EU-Forschungsprogramms [Horizont Europa](#) finanziert werden, werden ehrgeizige und neugierigkeitsorientierte Projekte in verschiedenen Bereichen unterstützt, von der Medizin und den Neurowissenschaften bis hin zu Mathematik und Quantenphysik.

Die Arbeit der neuen Stipendiat*innen wird ein breites Spektrum von Themen abdecken, wie z.B. Stottern, Anfälligkeit für Drogenabhängigkeit, sowie Fruchtbarkeit und Gesundheit von Frauen.. Die Gewinner*innen repräsentieren mehr als 30 Nationalitäten, darunter 52 Deutsche, 45 Brit*innen und 29 Italiener*innen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1427

Politische Einigung über strafrechtliche Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Die Kommission begrüßt, dass mit dem Europäischen Parlament und dem Rat am 22.06.2026 eine politische Einigung über die Richtlinie zur Aktualisierung der strafrechtlichen Vorschriften über den sexuellen Missbrauch und die sexuelle Ausbeutung von Kindern erzielt wurde, vor allem angesichts besorgniserregender Trends wie der

Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen, die durch künstliche Intelligenz (KI) erzeugt wurden.

Um den neuen Herausforderungen zu begegnen, sollen mit der Richtlinie die Ermittlungen und die Strafverfolgung erleichtert, die Prävention und die Unterstützung der Opfer verbessert und die Abstimmung der Maßnahmen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern optimiert werden.

Die wichtigsten Punkte der neuen gemeinsamen Vorschriften sind folgende:

- aktualisierte Begriffsbestimmungen;
- an die heutige Realität angepasste neue Straftatbestände;
- strengere Präventionsvorschriften;
- stärkere Unterstützung der Opfer.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1415

Europa für Kultur, Kultur für Europa

Am Rande der Tagung des Europäischen Rates am 18.06.2026 in Brüssel unterzeichneten der Präsident der Europäischen Kommission, der Präsident des Parlaments und der Präsident der Republik Zypern im Namen des turnusmäßig wechselnden Vorsitzes des Rates der Europäischen Union eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Europa für Kultur, Kultur für Europa“.

In der Erklärung wird ihr gemeinsames politisches Engagement für den Schutz, die Förderung und die Unterstützung der Kultur in Europa dargelegt.

Europa für Kultur

In ihrer gemeinsamen Erklärung bekräftigen die drei EU-Organe die Rolle der EU beim Schutz der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und bei der Einbeziehung kultureller Erwägungen in alle Politikbereiche der EU unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten.

Kultur für Europa

In der gemeinsamen Erklärung werden auch die Vorteile anerkannt, die die europäische Kultur- und Kreativbranche im Hinblick auf die Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität, die Untermauerung der Grundwerte der EU wie Freiheit, Gleichheit und Achtung der Menschenrechte sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU bietet.

Zwölf Grundprinzipien

Die in der Erklärung festgelegten Verpflichtungen sind nach zwölf übergeordneten Grundsätzen gegliedert. Einige der Grundsätze konzentrieren sich auf die Unterstützung von Künstler*innen und Kulturschaffenden und umfassen Zusagen zum Schutz der künstlerischen Meinungsfreiheit, zur Förderung eines fairen Entgelts und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen unter Wahrung der Rolle und Autonomie der Sozialpartner sowie zur Förderung eines ethischen, menschenzentrierten und rechtebasierten Ansatzes für den Einsatz künstlicher Intelligenz.

Andere Grundsätze in der gemeinsamen Erklärung zielen darauf ab, einen breiteren Zugang zur Kultur und zu den Kultur- und Kreativberufen zu fördern, insbesondere für junge, schutzbedürftige oder marginalisierte Personen. Dazu gehören Verpflichtungen zur Verbesserung des inklusiven Zugangs zur Kultur, zur Förderung der Kunsterziehung und zur Stärkung der Unterstützung junger Künstler und Menschen aus benachteiligten Verhältnissen.

Die sozialen und ökologischen Vorteile der Kultur werden in der Erklärung hervorgehoben. Sie spiegeln sich in der Verpflichtung wider, die positiven Auswirkungen der Kultur auf Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, das Potenzial der Kultur zur Förderung der regionalen Entwicklung, auch durch nachhaltigen Tourismus, zu nutzen und die Bedeutung der Kultur für die politische Reaktion auf ökologische Herausforderungen zu betonen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1385

Bewerbung für den EU-Preis für Barrierefreiheit

Die EU-Kommission zeichnet Städte aus, die den Zugang für Menschen mit Behinderungen verbessert haben und diesen kontinuierlich ausbauen. Für den Access City Award 2027 können ab sofort Bewerbungen eingereicht werden. Der Wettbewerb wird von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Behindertenforum organisiert. Teilnahmeberechtigt sind Städte mit mehr als 50.000 Einwohner*innen in der EU. Die Bewerbungsfrist endet am **04.09.2026**.

Die Gewinnenden der Plätze 1, 2 und 3 erhalten finanzielle Prämien als Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit und für weitere Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit.

Die Kommission wird in der Ausgabe 2027 eine besondere Auszeichnung für „barrierefreie gemeindenahe Dienste“ vergeben.

Mit dieser Auszeichnung soll eine Stadt gewürdigt werden, die ein selbstbestimmtes Leben durch lokale Dienste fördert, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, uneingeschränkt am städtischen Leben teilzunehmen, und so Institutionalisierung und Ausgrenzung vermeiden.

Weitere besondere Auszeichnungen können an Städte vergeben werden, die außergewöhnliche Leistungen in Bereichen wie der gebauten Umwelt und öffentlichen Räumen, Mobilität und Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologien, öffentliche Dienstleistungen, Smart-City-Lösungen, Zugang zum kulturellen Erbe oder Barrierefreiheit für Menschen mit geistiger Behinderung liefern.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/eu-preis-fur-barrierefreiheit-stadte-konnen-sich-bis-4-september-bewerben-2026-06-18_de

Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2026

Die Europäische Kommission hat am 17.06.2026 ihren vierten Bericht über den Stand der digitalen Dekade veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Europa Fortschritte bei der Verwirklichung seiner Ziele für den digitalen Wandel bis 2030 erzielt hat, z.B. in Bezug auf sichere und nachhaltige digitale Infrastrukturen und die Digitalisierung öffentlicher Dienste. Die Herausforderung besteht nun jedoch darin, in großem Maßstab überall zügig kohärente Ergebnisse zu erzielen.

Die Kommission hat gleichzeitig mit dem Bericht auch die neueste Eurobarometer-Sonderumfrage veröffentlicht, die belegt, dass eine große Mehrheit der Europäer*innen die Digitalpolitik als wichtige Priorität der EU betrachtet und eine autonomere digitale Zukunft Europas befürwortet.

Die Bürger*innen stehen fest hinter dem Ziel einer autonomen digitalen Zukunft Europas, wobei Investitionen in von der EU entwickelte Infrastruktur (85%) und in eine geringere Abhängigkeit von Technologien aus Drittländern (82%) Vorrang haben sollten. 80% halten es für wichtig, dass die EU bei den technologischen Infrastrukturen weltweit führend wird.

Darüber hinaus würden 58% der Europäer*innen zu einem Anbieter aus der EU wechseln, selbst wenn dies mit höheren Kosten verbunden wäre. Zu den fünf wichtigsten Faktoren, die für den Wechsel zu einem in der EU ansässigen Anbieter sprechen, gehören mehr Sicherheit und Zuverlässigkeit (50%), besserer Schutz personenbezogener Daten (49%), klarere Vorschriften und besserer Verbraucherschutz (39%), geringere Abhängigkeit von Drittländern (33%), Unterstützung der Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit der EU (30%).

Die Europäer*innen erwarten die positivsten Auswirkungen für das nächste Jahrzehnt von den Themen digitale Gesundheit (55%), grüne Technologien (50%), schnellere Konnektivität (42%) und KI (39%).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1366

Ärmelkanal: Kommission stärkt Migrationsmanagement

Die Kommission legte am 16.06.2026 einen EU-Aktionsplan für die Migrationsroute entlang des Ärmelkanals vor, der eine umfassende europäische Antwort auf die Herausforderungen durch irreguläre Migration auf dieser Route skizziert.

Der Aktionsplan sieht operative Maßnahmen vor, die bereits bei den Herkunfts- und Transitländern ansetzen und sich über die gesamte Route erstrecken. Dazu gehören die Zerschlagung von Schleuser- und Menschenhändlernetzen, ein besserer Schutz der Außengrenzen und verstärkte Rückkehrmaßnahmen. Die irreguläre Migration entlang der Ärmelkanalroute stellt eine besondere Herausforderung dar. Sie ist ein Grund für den Verlust von Menschenleben auf See und bedeutet für die direkt betroffenen Mitgliedstaaten eine erhebliche Belastung in den Bereichen Grenzkontrollen, öffentliche Ordnung und Aufnahmekapazitäten. Sie befördert unerlaubte Migrationsbewegungen innerhalb der EU und des Schengen-Raums und festigt organisierte kriminelle Schleusernetze.

Die EU hat ihre Maßnahmen für ein wirksames Migrationsmanagement bereits verstärkt, was zu einem allgemeinen Rückgang illegaler Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen geführt hat (-55% seit 2024). Auch illegale Grenzübertritte bei der Ausreise entlang der Ärmelkanalroute gingen zurück (bisher -44% im Jahr 2026). Dennoch blieb die Zahl mit fast 64.000 versuchten Grenzübertritten im Jahr 2025 hoch.

Als Antwort auf diese Herausforderungen ist der Aktionsplan auf *drei vorrangige Bereiche* ausgerichtet, die gemeinsam mit EU-Agenturen und dem Vereinigten Königreich angegangen werden sollen: Ausbau der Migrationsdiplomatie entlang der Route, Zerschlagung von Schleusernetzen und ihrer kriminellen Infrastruktur und Stärkung des Grenzmanagements.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1367

Wegweisende Einigung über überarbeitete Fluggastrechte

Die Europäische Kommission begrüßte am 15.06.2026 die politische Einigung, die das Europäische Parlament und der Rat der EU über die Überarbeitung der Fluggastrechte in der EU erzielt haben. Diese wegweisende Vereinbarung markiert die erste Überarbeitung dieser Regeln seit über zwei Jahrzehnten. Sie soll die Fluggastrechte in der EU modernisieren und stärken, indem sie bestehende Bestimmungen präzisiert und die Rechtssicherheit für Reisende, Luftfahrtunternehmen und Durchsetzungsbehörden in der gesamten Union erhöht.

Die politische Einigung umfasst folgende Schlüsselemente: klarere Vorschriften über Entschädigungsansprüche bei Verspätungen und Schadenersatzverfahren; außergewöhnliche Umstände; Fahrpreistransparenz und Handgepäck; Umfang und Fahrgastinformationen; verbesserte Rechte für Fluggäste mit eingeschränkter Mobilität und Behinderungen; und ein Verbot von No-Show-Richtlinien für Hin- und Rückflüge.

Das Abkommen ist laut Aussage der Kommission ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte von Fluggästen mit eingeschränkter Mobilität. Sie sollen bei Störungen besser unterstützt und ihre wesentlichen Mobilitätshilfen besser geschützt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1212

■ Veranstaltungen

Antragssprechstunde: Jugendpartizipationsprojekte

Die Nationalagentur *JUGEND für Europa* bietet am **03.09.2026** (14 bis 15:30 Uhr) eine Online-Antrags-sprechstunde zum Format Jugendpartizipationsprojekte an.

JUGEND für Europa wird kurz zu den aktuellen Förderrichtlinien im Format Jugendpartizipationsprojekte für 2026 informieren und ausführliche Hinweise geben, wie die Antragstellung in der KA154 funktioniert. Die Veranstaltung richtet sich besonders an Organisationen, Institutionen und informelle Gruppen, die zum 01.10.2026 einen Antrag im Format Jugendpartizipationsprojekte (KA154) bei *JUGEND für Europa* stellen möchten und die noch offene Fragen zum Format oder zum Antragsformular haben.

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/antragssprechstundejugendpartizipationsprojekteka154>

EPALE Akademie: Gute Bildung im Kontext Politik und Demokratie

Vom **15.09. bis 08.10.2026** (jeweils 09:30 - 12:30 Uhr) bietet die EPALE-Akademie eine Online-Veranstaltung zum Thema „Gute Bildung“ an. Zwischen den Terminen liegt eine Selbstlernphase. [EPALE](#) ist die „Elektronische Plattform für Erwachsenenbildung in Europa“.

Gute Bildung kann eine wunderbare Erfahrung für alle Beteiligten sein. Dabei geht es oft weniger um umfangreiches Wissen oder schlaue Antworten, als um die Gestaltung eines Raumes, in dem Austausch, Diskussion und Lernen stattfinden kann. Das gilt offline wie online und insbesondere auch dort, wo es thematisch um politische Themen geht.

In diesem Workshop stehen sowohl ganz konkrete Methoden hierfür, als auch ein reflexiver Blick auf uns selbst und unsere Rolle im Fokus. Die Veranstaltung richtet sich an Trainer*innen, Dozierende, Fachkräfte der Erwachsenenbildung und alle interessierten Personen.

Voraussetzung zur Teilnahme ist ein EPALE-Konto. Anmeldeschluss ist der **15.09.2026**.

Weitere Informationen:

<https://epale.ec.europa.eu/de/content/epale-akademie-how-workshop-gute-bildung-im-kontext-politik-und-demokratie>